

FÜR EINE GERECHTE UND LEBENSWERTE ZUKUNFT

Klimakrise und Armut gemeinsam bekämpfen



Für eine gerechte und lebenswerte Zukunft: Klimakrise und Armut gemeinsam bekämpfen

Die Krisen der letzten Jahre haben die soziale Ungleichheit in Deutschland weiter verschärft. **Menschen mit Armutserfahrung und geringem Einkommen kämpfen besonders mit steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen sowie hohen Mieten.** Hier sind die Kosten sogar stärker gestiegen als die Inflationsrate. Auch in der Mittelschicht ist der finanzielle Druck spürbarer geworden. Junge Menschen blicken deutlich pessimistischer in die Zukunft und sind besorgt über Inflation, Klimawandel, teure Mieten und Altersarmut.

Gleichzeitig entwickelt sich die ungebremste Klimakrise zum größten Armuts- und Gesundheitsrisiko unserer Zeit. **Ärmere Haushalte, wohnungslose Menschen, Ältere und Kinder sind kaum vor den gesundheitlichen und ökonomischen Folgen von Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Dürren oder Überschwemmungen geschützt.** In von Armut geprägten Wohnvierteln sind die Menschen aufgrund hoher Flächenversiegelung und schlecht gedämmter Wohnungen oft Kälte und Hitze ausgesetzt. Der schlechte energetische Zustand ihrer Wohnungen führt zudem zu hohen Heizkosten, die viele nicht aufbringen können. Ihre Wohnungen sind im Sommer zu heiß und im Winter zu kalt.

Für Menschen in Wohnungslosigkeit bedeuten die Folgen der Klimakrise ebenso eine enorme Bedrohung. Fehlende Schattenplätze, Grünflächen und Trinkwasserbrunnen in den Städten führen zu gesundheitlichen Belastungen in Hitzeperioden. Das kommt zu ihrer ohnehin sehr schwierigen Lebenssituation noch hinzu und verschärft bestehende soziale Härten.

Auch für Menschen, die bisher nicht in Armut leben, erhöht die Klimakrise das Risiko, in Zukunft unter die Armutsgrenze zu rutschen. **Viele Menschen mit geringen Einkommen haben weder die finanziellen Möglichkeiten sich an die Folgen der Klimakrise anzupassen, noch verfügen sie über die Mittel, ihre Abhängigkeit von teuren fossilen Brennstoffen zu reduzieren und auf langfristig kostengünstigere klimaneutrale Optionen umzusteigen.** Oftmals sparen sie heute schon an Energie ein, was irgendwie geht.

Damit treffen die Folgen der Klimakrise besonders diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. Menschen mit hohen Einkommen und Vermögen verursachen einen deutlich größeren CO2-Ausstoß als Menschen mit geringen Einkommen oder an der Armutsgrenze.

Eine vorausschauende Klimapolitik ist daher ein aktiver Beitrag zur Armutsbekämpfung und Armutsprävention und darf nicht gegen soziale Ziele ausgespielt werden. **Wir fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf, Klimakrise und Armut gemeinsam zu bekämpfen.** Dafür sind eine sozial gerechte Klimapolitik, die Stärkung der sozialen Sicherung und eine sozial gerechte Finanzierung der Transformation notwendig.

Für eine sozial-gerechte Klimapolitik

Wir brauchen eine Klimapolitik, die nicht zu finanziellen Mehrbelastungen bei Menschen mit geringen Einkommen führt und die sicherstellt, dass die Vorteile einer erfolgreichen Transformation bei allen ankommen. Es darf nicht vom Geldbeutel abhängen, ob es möglich ist, auf klimaneutrale Technologien umzusteigen oder sich ökologisch und gesund zu ernähren. Die sozial gerechte Ausgestaltung der CO2-Bepreisung, ein klarer ordnungspolitischer Rahmen im Gebäude- und Verkehrssektor sowie eine sozial differenzierte Förderpolitik sind dabei entscheidend.

- **CO2-Bepreisung:** Einführung eines sozial gestaffelten Klimagelds und die Aufstellung eines Klima-Sozialplans mit gezielten Klimaschutzprogrammen für Menschen mit geringem Einkommen.
- **Gebäude:** Umsetzung der europäischen Gebäuderichtlinie in Kombination mit einer sozial gerechten Förderstruktur. Für Mietende muss die energetische Sanierung warmmietenneutral erfolgen. Zudem müssen Menschen mit geringen Einkommen gezielt bei der Durchführung investiver Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung unterstützt werden, etwa beim Fenstertausch oder der Kellerdeckendämmung.
- **Mobilität:** Einführung eines sozialen 29-Euro-Deutschlandtickets und flächendeckender Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Für ländliche Regionen bedarf es zusätzlich attraktiver ergänzender Sharing-Modelle für klimafreundliche Verkehrsmittel mit vergünstigten Tarifen für untere Einkommensgruppen.
- **Energie:** Für Transferhilfeempfangende und Menschen mit geringen Einkommen sind spezielle Förderprogramme notwendig, etwa für Balkonsolaranlagen, sowie Austauschprogramme für ineffiziente Elektrogeräte.

Für eine Stärkung der sozialen Sicherheit

Wir brauchen eine Sozialpolitik, die auf die Herausforderungen der Klimakrise reagiert und unseren Sozialstaat für alle krisenfest ausgestaltet. Dafür bedarf es einer Stärkung der sozialen Infrastruktur und einer bedarfsgerechten Grundsicherung, die ökologische Kriterien berücksichtigt.

- **Ausbau der sozialen Sicherung:** Einführung eines sozial-ökologischen Existenzminimums und Anpassung der Regelsatzberechnung unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien
- **Hitze- und Wärmeschutz für alle:** Hitze- und Wärmeschutzpläne müssen ausgebaut werden und Konzepte für den Schutz von wohnungslosen Menschen und vulnerablen Gruppen enthalten.
- **Ernährung:** Ein vollwertiges und warmes Essen aus ökologisch erzeugten, gesunden Nahrungsmitteln muss in allen öffentlich finanzierten Einrichtungen mit Gemeinschaftsverpflegung angeboten und allen Menschen zugänglich gemacht werden.

Für einen Kurswechsel in der Finanz- und Haushaltspolitik

Die angekündigten Kürzungen im Bundeshaushalt führen dazu, dass notwendige Investitionen in Klimaschutz gegen Sozialausgaben ausgespielt werden. Diese Sparpolitik würde den Klimaschutz und die soziale Sicherung weit zurückwerfen und muss beendet werden. Stattdessen ist eine weitreichende Reform der Schuldenbremse erforderlich, die den Herausforderungen der Gegenwart gerecht wird und mehr Spielraum für langfristige Zukunftsinvestitionen schafft. Darüber hinaus ist es für die langfristige Finanzierung und die gesellschaftliche Akzeptanz der Klimapolitik entscheidend, dass Vermögende angemessen an der Finanzierung der Transformation beteiligen.

- **Ende der Sparpolitik:** Für eine weitreichende Reform der Schuldenbremse
- **Zukunftsinvestitionen ermöglichen:** Für ein im Grundgesetz verankertes Sondervermögen für Klimaschutz, Transformation und soziale Daseinsvorsorge
- **Steuergerechtigkeit:** Für eine stärkere Besteuerung großer Vermögen, Einkommen und Erbschaften zur Finanzierung der Transformation.

Kontakt

Klima-Allianz Deutschland e.V.

Invalidenstr. 35, 10115 Berlin

Daniel Eggstein, Referent Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit
daniel.eggstein@klima-allianz.de

Julia Riley-Dittmann, Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 030/780 899 514, Mobil: 0172/298 4269, presse@klima-allianz.de

Diakonie Deutschland

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung

Anna-Lena Guske, Projektleitung sozial-ökologische Transformation
anna-lena.guske@diakonie.de

Kathrin Klinkusch, Pressesprecherin

Telefon: +49 30-65211-1780, pressestelle@diakonie.de

Nationale Armutskonferenz

Michael David, Zentrumsleitung Soziales und Beteiligung
Telefon: +49 30 652 11-1636, michael.david@diakonie.de

Berlin, 03. Juni 2024

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages